



Bürgerbeteiligung im Prozess der Digitalisierung

Das Modellprojekt Ludwigsburg

Thomas Kuder

Prozesse der Digitalisierung sind heute allgegenwärtig. Glaubt man den euphorischen Aktivitäten der Wirtschaft, Forschung, Politik oder Bürgerschaft, wurde mit der Digitalisierung vieler Lebensbereiche eine Zauberformel für die Herausforderungen der Zukunft gefunden. Die Rede ist von Informations- und Kommunikationstechnologien, innovativen Steuerungsmöglichkeiten beim Einsatz von Ressourcen oder den zum Wohl der Menschen verknüpfbaren Datenbeständen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Es ist die weltweite Vision einer smarten, nachhaltigen Stadt.

Gleichwohl ist man sich der Herausforderungen bewusst, die mit dem digitalen Wandel verbunden sind, die Probleme um „Big Data“, die ethischen Fragen und Gefahren der umfassenden Verfügbarkeit personenbezogener Daten für die Menschen und ihre bürgerlichen Freiheiten. Eine Antwort darauf, neben komplexen Prozessen der Technikentwicklung, dürften die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse geben, die mit der Smart City Charta der Bundesregierung (2017) eingefordert wurden. Im technologischen, politischen und lebensweltlichen Alltag scheinen diese aber bislang noch nicht angekommen zu sein.

Ein gewichtiger Anlass für den vhw, sich in Kooperation mit der Stadt Ludwigsburg einmal dem Thema der Bürgerbeteiligung beim digitalen Wandel zuzuwenden.

Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse

Eine Smartphone-Anwendung (App) namens „Schutzranzen“ sorgte zu Beginn des Jahres für helle Aufregung. Die App wurde auf der Anbieterseite u. a. von der Autoindustrie entwickelt, um die Autofahrer im Straßenverkehr

zu warnen, für den Fall, dass sich Grundschulkinder in der Nähe befinden und Vorsicht geboten ist. Auch die Eltern sollten sich damit über den Aufenthaltsort ihrer Kinder informieren können. In mehreren Städten wurden dazu im Rahmen groß angelegter Modellversuche sogenannte „Tracker“ an Grundschulkinder verteilt, mit denen die Aufenthaltsdaten der Kinder an Eltern, Navigationssysteme und Smartphones für Autofahrer übermittelt werden konnten. Auf den ersten Blick keine schlechte Idee, könnte man meinen.

Und doch hatten die Ingenieure die Rechnung ohne den Bürger auf der Nutzerseite gemacht: in kürzester Zeit meldeten sich empörte Eltern und zivilgesellschaftliche Initiativen zu Wort, kritisierten die Totalüberwachung ihrer Kinder und die damit verbundene Einschränkung von verbrieften Grundrechten. Zudem forderten sie, die Autofahrer sollten sich doch lieber auf das Fahren und die Straße konzentrieren, anstatt sich auf Navigationssysteme und Apps zu verlassen. Und nicht zuletzt wurden auch gegenüber den Datenschutzgesetzen, der Datensicherheit und der kommerziellen Verwertbarkeit der Daten erhebliche Bedenken geäußert (Heise 2018). Kurz: ein „top down“ aufgesetztes, vermeintlich gut gemeintes digitales Unterfangen ist, nachdem mehrere Beteiligte der Anbieterseite das Projekt aufgegeben haben, an der fehlenden Einbindung der Bürger und Zivilgesellschaft sowie der fehlenden gesellschaftlichen Akzeptanz „bottom up“ gescheitert.

Der nachfolgende Beitrag möchte dagegen aufzeigen, wie es auch anders geht. Er skizziert ein Beteiligungsverfahren zu den aktuellen Digitalisierungsprozessen der Stadt Ludwigsburg, das in Kooperation des vhw-Bundesverbandes, der Fraunhofer Gesellschaft IAO, der Q| Agentur für Forschung sowie der Stadt Ludwigsburg konzipiert und durchgeführt wurde.

Es zeigt exemplarisch, wie man Bürger mit dem digitalen Wandel und den erforderlichen Kenntnissen vertraut machen und in einem Entwicklungsprozess mit geregelten Mitwirkungschancen allgemein akzeptierte Ergebnisse erzielen kann. Damit werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich konflikthafte und verlustreiche Aushandlungsprozesse wie z. B. beim Schutzranzen-Projekt zugunsten gemeinsamer, ggf. institutionalisierter Gestaltungsprozesse, z. B. durch Etablierung kommunaler Arbeitsgruppen oder Digitalisierungsbeiräte, vermeiden ließen.

Um die Herausforderung zielscharf formulieren zu können, werden zunächst die differenzierten Sichtweisen der Bürger gegenüber dem digitalen Wandel und die resultierende gesellschaftliche Aufgabe der Vermeidung einer sozialen Spaltung durch Digitalisierung aufgezeigt. Darauf aufbauend und einer zentralen Forderung der Smart City Charta der Bundesregierung zur nachhaltigen digitalen Transformation (2017) entsprechend, wird im Anschluss das exemplarische Vorgehen der Wissensgenerierung und Bürgermitwirkung vorgestellt, wie es in Ludwigsburg realisiert wurde.

Smart City und Smart Citizens

Wirft man zunächst einen Blick auf die Begriffsbedeutung und dessen Ursprünge, dann stößt man bei dem Begriff „smart“ auf Erläuterungen wie „intelligent“, „wachsam“, „clever“ und „auf ihr eigenes Wohl bedacht“. Gerne wird der Begriff „Smart City“ auch mit der integrierten Stadtentwicklung und – unter Bezug auf die neuen technologischen Möglichkeiten zum Schutz von Natur, Klima und Umwelt – mit der „nachhaltigen Stadt“ in Verbindung gebracht, auch wenn diese Verortung mitunter

etwas weit hergeholt scheint (zum Begriff „smart“ siehe Kluge 2002).

Mag man den Ergebnissen einer repräsentativen Online-Befragung mit bundesweit 1.000 Teilnehmenden folgen (Sinus 2018), so ist der Begriff „Smart City“ für mehr als die Hälfte der Befragten, vor allem Ältere und sozial Schwächere, nicht bekannt. Ein Drittel der Befragten wollen den Begriff schon gehört haben, wissen aber nicht genau, wofür er steht, und nur 13 Prozent, meist Jüngere und Etablierte, geben an, die Begriffsbedeutung zu kennen.

Wie auch immer, hinter dem unscharf gefassten Begriff „Smart City“ verbirgt sich auf der einen Seite die Vision einer zentral gesteuerten, umfassend digitalisierten und nachhaltigen Stadt der Zukunft, in der bei allen Funktionen, Wohnen, Arbeiten, Stadttechnik, Verkehr und Energieversorgung „... Big Data hilft, alles zu messen, zu überwachen, zu regeln, zu evaluieren, unter Kontrolle zu halten und schlussendlich auch zu entscheiden“, womit der „... störungsfreie, planbare Ablauf des städtischen Alltags“ gesichert werde (Laimer 2014).

Es wäre allerdings zu einfach, nur die zentrale, technologische Steuerung der „Maschine Stadt“ zu betrachten und auf der anderen Seite die Vorteile für den Einzelnen außer Acht zu lassen:

Dieser Einzelne, der „Smart Citizen“ befindet sich einmal in der Position, der zentralen Steuerung durch „Big Data“ ausgesetzt zu sein und sich mit den Schwächen und der Anfälligkeit zentral gesteuerter Systeme, den Sicherheitsproblemen und der verordneten Passivität gegenüber technischen Großprojekten arrangieren zu müssen, z. B. bei einer flexibel auf Umweltdaten reagierenden, den Nutzer bevormundenden Verkehrslenkung.

Im Alltag sind sie aber zugleich auch aktive Nutzer digitaler Geräte und Anwendungen zur Information, Kommunikation, Standortbestimmung, Mediennutzung oder Unterhaltung. Und damit tragen sie selbst wesentlich zum digitalen Wandel bei.

Sie nutzen das Internet für Behördengänge, Informationen zum öffentlichen Nahverkehr oder Einkäufe, um nur einiges zu nennen. Und sie nutzen die demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten, z. B. Online-Abstimmungen, das Einreichen von Anregungen und Bedenken zu öffentlichen Vorhaben, die Einsichtnahme in anschaulich aufbereitete Pläne auch außerhalb der Öffnungszeiten und vorgegebenen Orte. Selbst für die Organisation von Protestaktionen gibt es Angebote und Anwendungen.

Dem entsprechend sollen Smartphones „... in der Vorstellung der meisten Smart-City-Konzepte so etwas wie die Schaltzentrale, das Interface zwischen Mensch und Stadt werden“ (Laimer 2014): so werden auf dem Smartphone z. B. „top down“ Informationen zur aktuellen Verkehrslage bereitgestellt und „bottom up“ Angebote z. B. zum Erwerb von Fahrscheinen genutzt.

Drohende soziale Verwerfungen

So attraktiv und vielfältig manche Nutzerperspektiven im digitalen Wandel auch erscheinen, sollte man doch die Reproduktion sozialer Ungleichheit nicht aus dem Auge verlieren, die mit der Digitalisierung einherzugehen droht:

Ungleicher Kenntnisstand

Mehr als zwei Drittel derjenigen, die an der Sinus-Befragung zur Digitalisierung (2018) teilnahmen, halten die Informationen, die allgemein über den digitalen Wandel verfügbar sind, für unzureichend. Nur etwa ein Fünftel

fühlt sich gut informiert, darunter viele Jüngere, aber kaum Ältere. Noch kleiner wird die Gruppe der Informierten, wenn es sich um kommunale Projekte der eigenen Stadt handelt. Generell fühlen sich die Etablierten besser informiert als die sozial Schwächeren.

Differenzierte Einstellungen

Befragt nach Bedenken, Sorgen, aber auch Hoffnungen gegenüber der Digitalisierung, überwiegen für über 40 Prozent der Befragten die Hoffnungen und Erwartungen. Einen Nutzen erwarten Sie für die Bereiche Kommunikation, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt. Bei 34 Prozent stehen dagegen die Sorgen an erster Stelle. Befürchtet werden vor allem Datenschutzprobleme im Kontext von „Big Data“, Cyberkriminalität und eine zunehmende Überwachung.

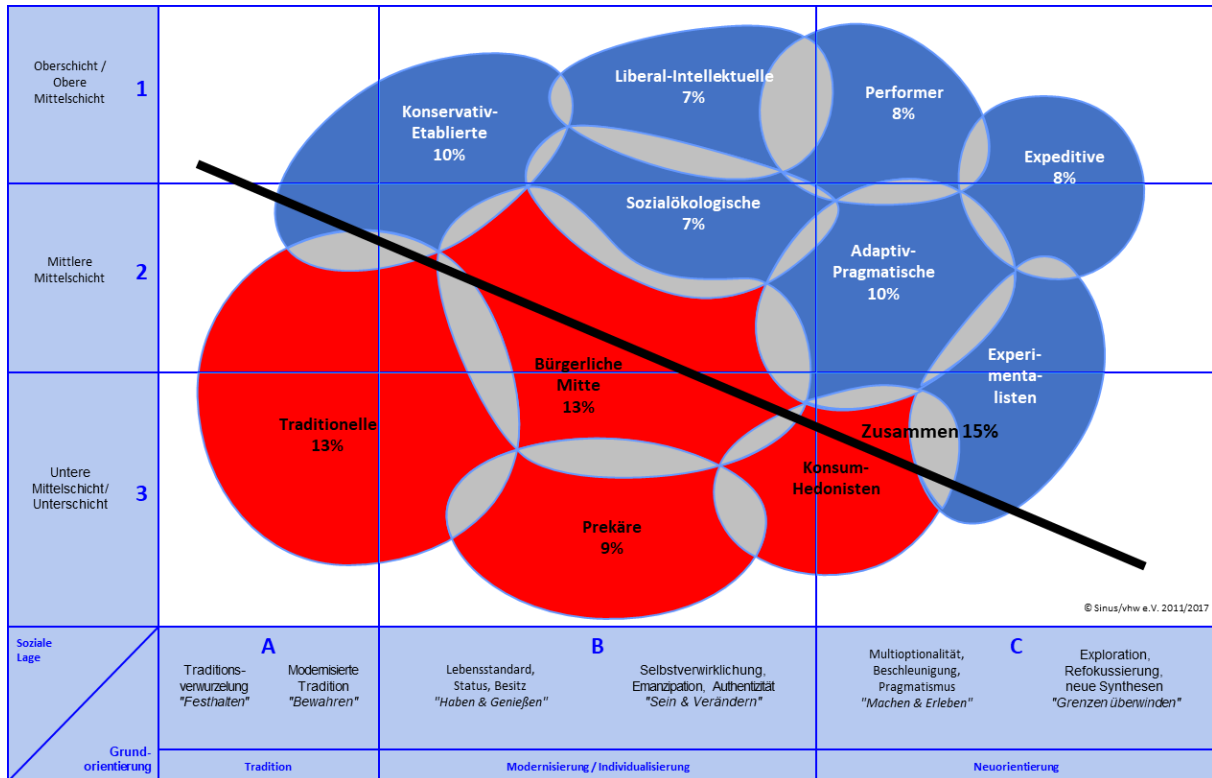
Ein differenziertes Milieubild ergibt sich auch hier: überwiegen für die Mehrheit der etablierten Milieus die positiven Erwartungen, gilt dies nur für ein knappes Fünftel der Älteren und sozial Schwächeren, bei denen die Sorgen die Oberhand behalten.

Ungleiche Nutzung

Eine neuere Analyse milieubasierter Marktforschungsdaten, die den Erwerb und die eigene Nutzung digitaler Instrumente und Anwendungen beleuchtet, verstärkt die Indizien einer drohenden sozialen und altersbedingten Verwerfung (Kuder 2018).

Den Analysen zufolge nutzen durchschnittlich ein Fünftel der Befragten weder privat noch beruflich Desktop-Computer, Laptop, Notebook, Ultrabook oder Tablet. Darunter fallen vor allem Menschen aus dem traditionellen Milieu und Menschen mit prekären Lebensumständen. Bei den jüngeren Expeditiven verfügt jedoch fast jeder über solche Geräte.

Die digitale Spaltung



Grafik 1: Die digitale Spaltung (Alle Sinus Milieus = 100 %). Quelle: Kuder 2018

Noch deutlicher fallen die Unterschiede bei Smartphones aus. Im Schnitt haben 36 Prozent der Menschen ein Smartphone. Während aber über 90 Prozent der Expeditiven darüber verfügen, tun dies nur 40 Prozent der sozial Schwächeren und 20 Prozent der Traditionellen.

Dieselben Unterschiede zeigen sich spiegelbildlich bei der Internet-Nutzung. Zwei Drittel der Befragten nutzen täglich das Internet, die jungen Expeditiven zu 85 Prozent, Menschen mit prekären Lebensumständen aber nur zu 40 Prozent. Ein Fünftel der Befragten hat das Internet nach eigenen Angaben im letzten Jahr gar nicht genutzt.

Zwischenfazit

Es gilt festzuhalten, dass die digitale Transformation nicht alle Teile der Gesellschaft erreicht hat, selbst wenn es sich um bewährte Technologien wie Computer oder Smartphones handelt. Außen vor bleiben vor allem sozial Schwächere und Ältere. Auch fühlen sich viele Menschen gerade aus diesen Milieus über den digitalen Wandel generell unzureichend informiert.

Aber selbst wenn sich Optimismus und Pessimismus gegenüber dem digitalen Wandel die Waage halten, sind auch hier die Differenzen in den Einstellungen der Etablierten und der sozial Schwächeren sowie der Jüngeren und der Älteren offensichtlich.

Es bedarf also, angesichts der Wissensdefizite und Exklusion vieler Bürger, der Sorgen und Kritiken, so die Schlussfolgerung, besonderer Anstrengungen, die Menschen an den digitalen Wandel heranzuführen. Dazu gehören vor allem die gezielte Informations- und Wissensvermittlung, der Abbau von Berührungängsten und sozialen Barrieren sowie die Einbindung aller in kommunikative Austauschprozesse.

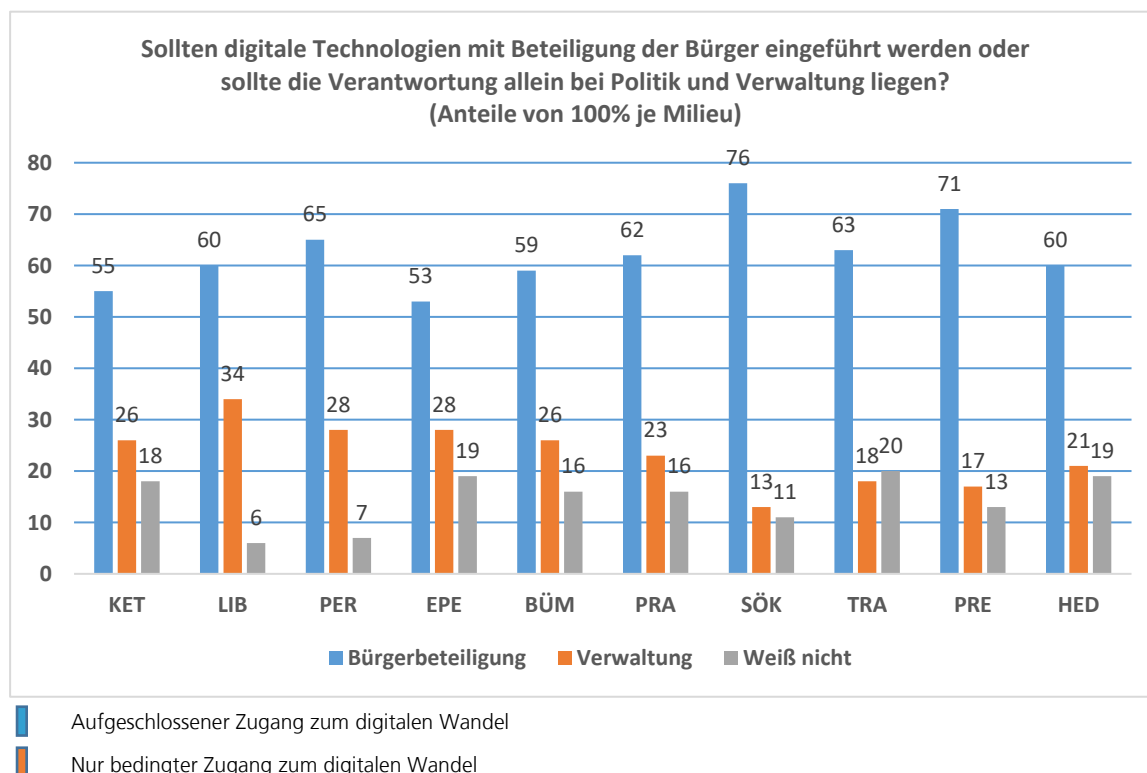
Bürgerbeteiligung zum digitalen Wandel

Im Zuge der Sinus-Befragung (Sinus 2018) wurde auch die Frage verfolgt, wer bei lokalen Digitalisierungsvorhaben beteiligt werden und wer die politische Verantwortung tragen sollte.

Knapp zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, digitale Technologien sollten nur nach aktiver Beteiligung der Bürger eingeführt werden.

Überdurchschnittlich häufig ist diese Forderung z. B. beim Milieu der Prekären sowie bei den Altersgruppen über 40 Jahren vertreten. Nur rund ein Viertel der Befragten wollen dagegen die Verantwortung allein der Verwaltung und Politik überlassen, darunter vor allem jüngere und etablierte Milieus. Diese Analysen unterstreichen die unterschiedlichen Perspektiven der verschiedenen Milieus, die auch schon die eingangs aufgezeigten Analysen geprägt haben.

Wie sehen das die Milieus?



Grafik 2: Wie sehen das die Milieus? Quelle: Sinus 2018

Zudem zeigt sich über alle Milieugrenzen hinweg das Bedürfnis der Menschen, die wichtigen Vorhaben des digitalen Wandels auf kommunaler Ebene durch Bürgerbeteiligung zu begleiten. Dieses Ergebnis wird noch verstärkt, indem sich rund 80 Prozent der Befragten „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich“ persönlich beteiligen wollen.

Auch bei diesen Ergebnissen differieren die Werte der Milieus zwischen 63 und 88 Prozent: etablierte und jüngere Menschen befürworten die persönliche Mitwirkung bei Beteiligungsprozessen sehr viel häufiger als sozial schwächere und ältere Menschen.

Nur rund ein Siebtel der Befragten würden sich „eher/sicher nicht“ beteiligen wollen, vor allem Ältere und sozial Schwächere. An dieser Stelle decken sich die Ergebnisse mit früheren Studien des vhw zur stadtpolitischen Einbindung dieser Milieus in die Prozesse der Bürgerbeteiligung (Kuder 2017).

Smart City Charta

In der Smart City Charta der Bundesregierung zur nachhaltigen digitalen Transformation der Kommunen (2017) wird zu Beginn in den Leitlinien das Erfordernis von Transparenz sowie Teilhabe und Mitgestaltung der Bürger beim digitalen Wandel besonders hervorgehoben.

An späterer Stelle wird dieses Anliegen in der Charta aufgegriffen und weiter konkretisiert. Dabei wird dem festen politischen Willen Ausdruck verliehen, dass eine aktive und inklusive Einbeziehung der Bürger in die Gestaltungsprozesse – auch im Sinne einer zukünftigen, leistungsfähigen gesellschaftlichen Kohäsion – unverzichtbar sei.

Außerdem gelte es, die in den Prozessen der digitalen Transformation für machbar erachteten

demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten bestmöglich zu realisieren und zu gewährleisten (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017).

Dieses Vorhaben dürfte aber dadurch erschwert werden, dass es sich bei den heutigen Prozessen der Digitalisierung um sehr schnelle technologische Entwicklungsprozesse handelt, verglichen mit den technologischen Innovationszyklen der Vergangenheit. Es ist also Eile angesagt, will man in der Frage der Beteiligung mit dem technologischen Wandel Schritt halten – oder den Wandel gar aktiv politisch steuern.

Erschwerend kommt hinzu, dass auf der Seite des technologischen Wandels, also der Seite der IT- und Hightech-Unternehmen, innovative bzw. neue Produkte geschaffen werden, über die anfangs wenige Informationen und keine Rückmeldungen von Nutzern vorliegen, die eine realistische Einschätzung erlauben würden.

Damit konfrontiert werden auf der anderen Seite die potentiellen Nutzer der Technologien mit ihren Bedürfnissen, aber auch Ängsten und Hemmungen, die zunächst nur bedingt informiert sein können und daher ohne fundierte Vorbereitung nur bedingt zu einer qualitativ hochwertigen Bürgerbeteiligung in der Lage sein dürften.

Die Schnittstelle zwischen einer aktiven „top down – Technikentwicklung“ und einer unklaren „bottom up-Nachfrage“, die wie eingangs gezeigt ein erhebliches Konfliktpotential birgt, sowie der erklärte politische Wille zur gesamtgesellschaftlichen Mitwirkung beim digitalen Wandel verdeutlichen die Notwendigkeit, einer qualitativ hochwertigen Bürgerbeteiligung beim digitalen Wandel eine ganz besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Wissensgenerierung und Bürgerbeteiligung

Die Q| Agentur für Forschung hat im Auftrag des vhw-Bundesverbandes und in Kooperation mit der Fraunhofer Gesellschaft IAO und der gastgebenden Stadt Ludwigsburg einen mehrstufigen bürgerschaftlichen Diskussionsprozess zum Thema Digitalisierung in der Stadt Ludwigsburg organisiert und durchgeführt. Dazu wurden rund 20 quotiert ausgewählte Bürger der Stadt rekrutiert und eingeladen, an diesem Diskussionsprozess teilzunehmen. Besonders wichtig war dabei die Regel, dass explizit keine Fachkenntnisse von den Beteiligten erwartet wurden. Gefragt waren ausschließlich die subjektiven Kenntnisse und Einstellungen der ausgewählten Bürger gegenüber der Digitalisierung. Es gab somit keine „richtigen“ oder „falschen“ Antworten, sondern nur gleichberechtigte Wortmeldungen von allen Beteiligten.

Nach eigener Einschätzung wurden die rekrutierten Bürger in drei gleich große Gruppen eingeteilt: die Gruppe der meist jüngeren „Digitalisierungsbefürworter“, die Gruppe der Interessierten an den digitalen Errungenschaften und die Gruppe der meist etwas älteren „Digitalisierungsskeptiker“. Mit allen Gruppen wurden jeweils zwei Diskussionsrunden von mehreren Stunden im Abstand von vier Wochen durchgeführt. Im ersten Gespräch wurden die Teilnehmer für das Thema sensibilisiert und sollten als „Hausaufgabe“ zwischen den Gesprächen auf persönliche Berührungspunkte mit diesem Thema achten und im zweiten Gespräch darüber berichten, wo und wie sie in ihrem normalen Lebensalltag mit Fragen und Ereignissen der Digitalisierung in Berührung gekommen sind.

In der ersten zweistündigen Gesprächsrunde ging es als Einstieg um das Leben in Ludwigsburg und die Aufgaben, deren Bearbeitung von

der Leistungsverwaltung erwartet wird. Anschließend wurde mit den Bürgern über den Begriff und die Inhalte von Digitalisierung und „Smart City“ gesprochen und es wurden diejenigen Aspekte beleuchtet, die Bezüge zu Ludwigsburg aufweisen, z. B. bei der Mobilität o.ä. Wo werden, so die Kernfragen, digitale Technologien eingesetzt? Wovon haben sie schon gehört und was halten sie davon? Welchen Nutzen bringt das? Wer ist verantwortlich?

Der zweite Teil der ersten Gesprächsrunde war der Bürgerbeteiligung gewidmet. Gefragt wurde, wer sich um die Digitalisierung in der Stadt und Gesellschaft kümmern und wo die Zuständigkeit dafür angesiedelt sein sollte, wie die Teilnehmenden davon betroffen seien und welche Erfahrungen sie mit Bürgerbeteiligung gemacht hätten. Angesprochen wurde zudem, wie die Beteiligung der Bürger an den kommunalen Digitalisierungsvorhaben gestaltet werden sollte und wie es um die persönliche Bereitschaft bestellt sei, sich aktiv einzubringen.

Die zweite Gesprächsrunde vier Wochen später begann mit einem Rückblick und einleitenden Berichten der Teilnehmer über ihre zwischenzeitlichen Alltagserfahrungen mit dem digitalen Wandel. Die Rückmeldungen zeigten, wie sehr das Thema bewusst wahrgenommen wird und Interesse weckt, wenn darauf fokussiert wird.

Anschließend wurden von einem Vertreter der Stadtverwaltung zwei konkrete digitale Vorhaben der Stadt ausführlich vorgestellt: das Projekt „Bürgerkonto“, ein Online-Konto für jeden Bürger und alle seine administrativen Vorgänge, sowie das Projekt „Smart City Cloud“, das durch Verknüpfung von Nutzerdaten des Verkehrs eine nachhaltige Mobilitätssteuerung in Ludwigsburg ermöglichen soll (dazu ausführlich: Perry, Oehrl 2018). Welchen Nutzen, so

wurde in der Diskussion gefragt, bringt das Projekt für Stadt und Bürger? Was sollte besonders berücksichtigt werden? Welche Vor- und Nachteile gibt es aus Sicht der Bürger und welche Herausforderungen sind zu bewältigen?

Abschließend wurde dann noch einmal das Thema der Beteiligung aufgerufen und erörtert, wer sich um Digitalisierungsfragen kümmern solle, welche Bedeutung der Bürgerbeteiligung dabei zukomme, wie diese aussehen könne und wie groß die Bereitschaft zur persönlichen Teilnahme sei.

Ergebnisse aus den Fokusgruppen

Erfreulich war, dass es unter den teilnehmenden Bürgern keine ideologischen Vorfestlegungen gegenüber der Digitalisierung gab, z. B. durch strikte Ablehnung oder euphorische Befürwortung. Zwar unterschieden sich die Einstellungen zwischen den verschiedenen Gruppen signifikant, gleichwohl war durchweg eine Offenheit gegeben, sich mit der Herausforderung des digitalen Wandels ausgewogen zu befassen. Einig waren sich alle Gruppen darin, dass sowohl Chancen, als auch Risiken mit dem digitalen Wandel einhergehen, der Wandel hin zu einer ungewissen Zukunft ihr Leben aber stark beeinflussen dürfte.

Die digital affinen Bürger, als regelmäßige und intensive Nutzer digitaler Technologien, sahen zunächst vor allem die vielfältigen Chancen, die mit dem digitalen Wandel einhergehen, ohne jedoch so manchem Heilsversprechen folgen zu wollen und ohne die Sorgen gegenüber der Digitalisierung auszublenden. Der Bericht über die Fokusgruppengespräche nennt als erfolgversprechende Errungenschaften insbesondere das hohe Maß an individueller Flexibilität, Komfort und räumlicher Entgrenzung sowie die

Vielfalt an Verbesserungen in allen Lebensbereichen, die durch Digitalisierung möglich werden (Perry, Oehrl 2018).

Die Digitalisierungsskeptiker hingegen, die meist nur in begrenztem Maße Nutzer der Technologien sind, stellten zunächst ihre Befürchtungen in den Vordergrund und vor allem ältere Gesprächsteilnehmer zeigten sich nur bedingt bereit, sich noch aktiv mit digitalen Technologien wie Smartphones, oder Computern etc. vertraut zu machen. Dementsprechend galt ihre Sorge vor allem dem Erhalt nicht-digitaler Möglichkeiten der Information und Erledigung von Amtsgeschäften sowie administrativen Pflichten. Allerdings waren auch die Skeptiker durchweg bereit, bestimmte Vorteile anzuerkennen, die eine Digitalisierung auch für ihren Alltag mit sich bringen könnten.

Der Bericht über die Gruppengespräche verdeutlicht die Sorgen der Menschen, derer man sich künftig wird annehmen müssen, vor allem die Ängste vor der eigenen Unzulänglichkeit und dem Scheitern gegenüber den Anforderungen und Beschleunigungen des digitalen Wandels. Auch herrscht Sorge, die Kontrolle über die eigenen Daten zu verlieren, die Unbeherrschbarkeit der Technik und die bekannten Probleme mit Datensicherheit, -missbrauch und mit Manipulation (Perry, Oehrl 2018).

Gleichwohl kamen alle Beteiligten zu dem Ergebnis, der digitale Wandel würde sowieso weitergehen und solle unbedingt aktiv verfolgt werden. Dazu möge der Bund, zum Beispiel in einem Digitalministerium, verbindliche Rahmen schaffen, die von den Städten umgesetzt werden könnten. Zudem waren sie sich einig, kommunale Vorhaben der Digitalisierung sollten nur unter intensiver Beteiligung und Kontrolle der Bürger realisiert werden.

Zukunftskonferenz Ludwigsburg 2018



Foto: Rege Beteiligung bei der Zukunftskonferenz Ludwigsburg
© Thomas Kuder

Aus den Gesprächsergebnissen lassen sich verschiedene Vorstellungen darüber ableiten, wie die Bürger aus ihrer spezifischen Perspektive beteiligt werden wollen (Perry, Oehrl 2018):

Zunächst äußerten sie den Wunsch, über digitale Vorhaben regelmäßig und gut informiert zu werden. Auch die kontinuierliche kommunikative Begleitung war ein Anliegen, sowohl mit analogen als auch mit digitalen Medien. Informationen sollten hohen Ansprüchen an Vollständigkeit, Verständlichkeit, Ausgewogenheit und gleichberechtigter Kommunikation genügen.

Unterschiedliche Auffassungen zeigten sich dagegen in der Frage der Gestaltung und Entscheidung von Bürgerbeteiligungsprozessen sowie der Selbstwirksamkeit bzw. der Einbindung externer Experten, entlang folgender Argumentationslinie:

Der interessierte Teil der Bürger möchte gerne regelmäßig mitarbeiten und zum Abschluss auch mitentscheiden. Da es sich bei den Bürgern aber nicht um Experten handelt, bräuchten sie bei schwierigen Fragen verständliche fachliche Unterstützung von Experten, die allerdings neutral und unabhängig sein müssten. Die Beteiligung solle prozessual gestaltet werden und die einzelnen Entwicklungsschritte sowie die Anregungen und Einwände dazu mit den Bürgern ausführlich diskutiert und ggf. auch im Ergebnis berücksichtigt werden.

Über die Akzeptanz der Bürger und die Umsetzung weitreichender Projekte zur städtischen Digitalisierung möchten die befragten Bürger in kommunalen Abstimmungen mitentscheiden. Auch in die Realisierung der Projekte würden sie sich gerne einbringen und z. B. Lösungen vorab testen.

Ein anderer Teil der Bürger möchte zwar auch regelmäßig informiert werden, möchte aber nur bei besonderen Anlässen eingebunden werden. Sie befürchten, es fehle ihnen an fachlicher Expertise und die Mitwirkung der Bürger führe womöglich dazu, dass Projekte „totdiskutiert“ würden.

Vielmehr solle die Stadt unabhängige Experten beauftragen und einbinden, die ihre inhaltliche Position und ihr Wissen transparent machen und darauf achten, dass die Entwicklung der Digitalisierung in der Stadt tatsächlich dem Allgemeinwohl entspricht. Die Projekte sollten abschließend von den gewählten Stadträten entschieden werden.

Die Zukunftskonferenz 2018

Die Ergebnisse aus den sechs Fokusgruppen wurden auf der Zukunftskonferenz Ludwigsburg im Juni 2018 in offener Diskussionsrunde mit interessierten Bürgern zur Diskussion gestellt. Ausgangspunkt war der häufig artikuliert Wunsch nach intensiver Bürgerbeteiligung bei digitalen Vorhaben der Stadt. Diskutiert wurde zudem die Frage, welche Formate der Beteiligung und Entscheidungsfindung gewünscht würden.

Als besonders wichtig erachtet wurde in der vom vhw moderierten Diskussion vor allem der iterative Entwicklungsprozess, das gleichberechtigte „Hin- und Herfließen“ von Zwischenständen, Informationen und Meinungen zwischen interessierten Bürgern und Vertretern von Politik und Verwaltung über analoge und digitale Medien, z. B. die Online-Plattform **meinLB**.

Einbezogen werden sollten, so die Bürger, die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sowie

„Beauftragte“ bzw. Advokaten und Multiplikatoren, die für schwer erreichbare Gruppen, z. B. Organisationen von und für Migranten, Informationen vermitteln und neue Zugänge schaffen könnten.

Zur Frage der Beteiligungsintensität gab es wie schon bei den Fokusgruppen keine einheitliche Meinung. Der gewünschte Grad an Beteiligung variierte vielmehr von Volksabstimmungen zu digitalen Vorhaben, über Veranstaltungen zum Austausch von Anregungen, bis zu ko-produktiven Workshops. Auch neue Beteiligungsformate seien erwünscht, z. B. „kochen und diskutieren“. Entscheidend für die Beteiligungsintensität sei aber letztlich die Tragweite eines Vorhabens. Besonders wichtig seien zudem mehr Information und Kommunikation über Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Transparenz und Rechenschaftslegung im Informations- und Entscheidungsprozess.

Fazit: Bürgerbeteiligung lohnt sich!

Wie eingangs gezeigt, lassen Konfliktpotenziale, Wissensdefizite, und soziale Verwerfungen rund um die Digitalisierung die Einbindung der Bürger in die Prozesse des digitalen Wandels als wichtiges gesellschaftliches Anliegen erscheinen. Dem sollte exemplarisch mit dem Projekt in Ludwigsburg Rechnung getragen werden.

Als Fazit aus diesem Modellprojekt lässt sich festhalten, dass sich die fundierte Begleitung kommunaler Digitalisierungsvorhaben durch verbesserte Information und Kommunikation sowie Bürgerbeteiligung durchaus zu lohnen scheint!

Trotz fehlenden Wissens über Begriffe, Prozesse und Perspektiven des digitalen Wandels und anfänglich geringen Interesses war die Be-

reitschaft, sich auf komplexe Fragen einzulassen, bei den Bürgern allseits vorhanden. Die intensive Mitwirkung an dem Modellprojekt hat die Beteiligten neugierig auf das Thema gemacht und unter Überwindung von Vorurteilen, konstruktiv-kritisch an das Thema herangeführt.

Zudem konnten breite Kreise der Stadtgesellschaft einbezogen und ein Beitrag zur inklusiven Bürgerbeteiligung sowie zur Eindämmung drohender sozialer Verwerfungen durch Digitalisierung geleistet werden.

Auch der unbedingte politische Wille, wie er in der Smart City Charta zum Ausdruck kommt, nämlich die Menschen am digitalen Wandel intensiv teilhaben zu lassen, darf nicht vernachlässigt werden. Genauso wenig wie der mit überwältigender Mehrheit geäußerte Wunsch nach einer fundierten bürgerschaftlichen Mitwirkung.

Aber nicht nur das: die Einschätzung der Bürger mit ihrem „gesunden Menschenverstand“, steht, wie das Beispiel „Schutzranzen“ gezeigt haben dürfte, für eine produktive Perspektivenvielfalt, wie sie allein von technologischer Seite kaum zu erwarten ist. Diese kann als Korrektiv auf gut gemeinte, vielleicht aber strittige Entwicklungen hinweisen. Sie kann Konflikte sowie Zeit und Ressourcen raubende Aushandlungsprozesse vermeiden und Nebenfolgen des digitalen Wandels verhindern helfen.

Eine hochwertige Beteiligung der Bürger kann somit einen signifikanten Beitrag zu reibungslosen – und daher effizienten – Prozessen des digitalen Wandels leisten, zur Vertrauensbildung der Bürger gegenüber einer nachvollziehbaren Stadtpolitik beitragen und – last but not least – die lokale Demokratie stärken.

Ausblick

Ganz in diesem Sinne beabsichtigen die Stadt Ludwigsburg, der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung sowie die jeweiligen Kooperationspartner für das kommende Jahr den Worten nun auch Taten folgen zu lassen: geplant ist die modellhafte Umsetzung der bisherigen Erkenntnisse in Form einer breiten Beteiligung der Bürgerschaft an iterativen Erarbeitungs- und Abstimmungsprozessen zu wichtigen digitalen Vorhaben der Stadt.

Literatur

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Smart City Charta. Bonn.

Laimer, Christoph (2014): Smart Cities. In: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung*, 56/2014, Wien. S. 5-9.

www.heise.de (22.01.2018):

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Schutzranzen-Projekt-kombiniert-Kinder-Tracking-mit-Verkehrssicherheit-3947907.html>.

Kluge, Friedrich (2002): Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Berlin.

Kuder, Thomas (2017): Bürgerbeteiligung neu justiert! vhw werkSTADT Nr. 16, Berlin.

Kuder, Thomas (2018): Soziale Herausforderungen der Digitalisierung. vhw werkSTADT Nr. 17. Berlin.

Perry, Thomas; Oehrl, Mareike (2018): Smart City in Ludwigsburg. Qualitative Studie. Unveröffentlichter Bericht. Mannheim.

Sinus (2018): Milieubus v. 24.05. Auswertung für den vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Berlin.

Impressum

vhw werkSTADT

ISSN 2367-0819

Herausgeber

vhw – Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e. V.

Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.

Fritschestraße 27/28

10585 Berlin

Telefon: +49 30 390473-230

Telefax: +49 30 390473-190

werkstadt@vhw.de

www.vhw.de

Autor

Dr. Thomas Kuder

vhw Seniorwissenschaftler, Clusterkoordinator

Grundlayout

DCM Druck Center Meckenheim GmbH

www.druckcenter.de

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der **vhw werkSTADT**
sind unter:

<https://www.vhw.de/publikationen/>

kostenfrei herunter zu laden.

Titelbildquelle

© vhw e. V.